



Demonstration gegen Krieg und Aufrüstung.

100.000.000.000 Euro für Aufrüstung schaffen keinen Frieden!

SÖREN PELLMANN

Leipziger Bundestagsabgeordneter

Wir alle sind noch immer geschockt. Der völkerrechtswidrige Überfall durch Putins Russland auf die Ukraine macht uns noch immer fassungslos und wütend. Schon jetzt hat der Krieg tausende Opfer gefordert und mehrere Millionen Menschen mussten aus ihrer Heimat fliehen. Auch in Leipzig sind seit dem 24. Februar 2022 tausende Geflüchtete angekommen, denen wir solidarisch zur Seite stehen und sie nach besten Kräften hier bei uns unterstützen.

DIE LINKE ist eine Friedenspartei. Darum sind wir seit Wochen gemeinsam

mit vielen anderen Menschen auf der Straße und erheben unsere Stimme gegen diesen schrecklichen Krieg. Dabei wird immer wieder die Frage gestellt, wie es nun weitergehen soll? Der Westen scheint dafür nur eine Antwort zu kennen: statt auf eine dauerhafte diplomatische Lösung setzt er auf weitere Sanktionen und vor allem Hochrüstung. Bereits jetzt übersteigen die „Verteidigungsausgaben“ der 30 NATO-Staaten die russischen um fast das Zwanzigfache. Die Ampel-Koalition präsentierte mit Unterstützung der CDU/CSU kurz nach Kriegsausbruch das größte deutsche Aufrüstungsprogramm seit Ende des Zweiten Weltkrieges. 100.000.000.000 Euro sollen durch eine Grundgesetzänderung und

unter Umgehung der Schuldenbremse zusätzlich zu den ohnehin jährlich 50.000.000.000 Euro in die Rüstung fließen. Darüber hinaus sollen künftig zwei Prozent des Bruttosozialproduktes in die Aufrüstung fließen; damit würden diese Ausgaben auf deutlich über 70.000.000.000 Euro jährlich ansteigen.

Teile dieser Hochrüstungspläne fanden sich schon im Koalitionsvertrag, weit vor dem russischen Angriff auf die Ukraine. Dieser Krieg und das damit verbundene Elend kann und darf die radikale Kursänderung der bundesdeutschen Außenpolitik aber nicht rechtfertigen. Im Zeitalter der atomaren Militärblöcke ist dieser Rüstungswetlauf sinnlos. „Abschreckung“ führt nicht zu mehr Frieden und Sicherheit, sondern zu einer Welt des Schreckens, zu Krieg, Elend und Flucht. DIE LINKE will den Nachschub unterbrechen: Jede Waffe findet ihren Krieg. Wir wollen darum als einzige Partei im Bundestag Waffenexporte verbieten und streiten weiterhin für eine international abgestimmte Abrüstungspolitik.

Die Bundesregierung hat die Ausgaben für Rüstung in den vergangenen Jahren andauernd erhöht. Dieses Geld fehlt für Schulen, Krankenhäuser und den öffentlichen Nahverkehr; es fehlt für die Bekämpfung der Coronakrise und die Klimakatastrophe. In diesem Sinne kämpft DIE LINKE auch weiterhin konsequent gegen den Rüstungswahnsinn und für Entspannungspolitik sowie soziale Gerechtigkeit. ■



DIE LINKE. Leipzig stets aktiv dabei.



Kultur wird gebraucht - jetzt!

SKADI JENNICKE

Leipziger Kulturbürgermeisterin

Seit über zwei Jahren schränkt die Corona-Pandemie die Kultur in bislang nicht gekannter Weise ein. Seit zwei Jahren kein Weihnachtsoratorium mit dem Thomanerchor, seit über zwei Jahren sind Museen und Theater, Ausstellungsräume und Konzerthäuser nur mit Maske und Anmeldung zugänglich. Wenn überhaupt.

Leipzig als Kulturstadt: Stadt der Clubs und Live-Konzerte, Stadt der Festivals, Musikstadt, Buch- und Literaturstadt. Die Krise trifft die Branche ins Mark. In Leipzig besonders.

»Die Krise trifft die Branche ins Mark. In Leipzig besonders.«

Besonders ist aber auch die Solidarität und der Erfindungsreichtum, wie wir in Leipzig mit dieser Krise umgegangen sind. Noch im März 2020 haben wir einen Krisenstab für die Freie Szene eingerichtet, am digitalen Tisch der Bürgermeisterin nehmen seitdem Vertreter/-innen von Leipzig plus Kultur, der Live-Komm und Kreatives Leipzig, Kulturamt und Amt für Wirtschaftsförderung Platz. Es folgten Stipendienprogramme, flexible Handhabung der Förderrichtlinie, Sonderzuschüsse, Hilfsprogramme, gemeinsamer Druck auf Land und Bund. Mit Erfolg.

In der Krise ging niemand verloren. Im Gegenteil, wir haben die Kulturlandschaft weiter entwickeln können. Seit letztem Jahr arbeitet der Fachbeauftragte für Nachtkultur. Erst vor wenigen Tagen hat der Stadtrat zugestimmt, dass wir ein Festivalhaus für die Freie Szene entwickeln und neben der Schaubühne Lindenfels ein Filmkunsthaus bauen.

Warum machen wir das? Weil ich fest daran glaube, dass Kultur jetzt gebraucht wird. Unsere Gesellschaft ist im Wandel: Digitalisierung, Klimawandel, Erinnerungskultur, kulturelle Verständigung. Die Menschen brauchen Impulse, Unterhaltung, Verständigung, Anregung, Diskurs - Kultur. Jetzt. ■

Vielen neuen Kindern in Leipzig Bildung ermöglichen

Flinker bauen, mehr Personal ausbilden!

MARCO GÖTZE

► Schulpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat

Derzeit steht Leipzig wie viele Gemeinden der Bundesrepublik vor der großen Herausforderung, tausende Kinder aus der Ukraine aller Altersstufen mit Bildungsangeboten zu versorgen. Neben der Frage geeigneter Lehrkräfte steht dabei für die Stadt Leipzig auch das Problem an Betreuungs- und Unterrichtsräumen. Sehr bald brauchen die Kinder wieder ein Sozialleben, eine möglichst an Normalität herankommende Tagesstruktur unter den Bedingungen des Exils. Niemand kann heute sagen, wie lange dies so sein wird. Auch wenn es bereits Vorerfahrungen aus der Zeit der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Flucht aus Syrien gibt, ist es dennoch eine wiederum andere, spezielle Situation. Das hat auch mit der Schnelligkeit des Zustroms zu tun. Dabei werden sich ganz zufällige Gruppen ergeben, die sich in Leipzig gefunden haben. Auch die verschiedenen Möglichkeiten zur regulären Schule oder aber in spezielle Klassen zu gehen, bedarf wieder Verfahren, die viel organisatorische Leistung nach sich zieht. Auch wenn davon vieles schwer zu meistern sein wird, werden wir als LINKE zum einen helfen, wo wir es vermögen, zum anderen aber auch die Verwaltung in vielem politisch unterstützen.

Die neuen Fragen treffen auf eine Stadt, die ohnehin bereits im Kita- und Schulbau bis zur Grenze ausgelastet ist. Zahlreiche Bauvorhaben in der sich wieder auffüllenden Stadt wurden und werden notwendig, da jedes Jahr in

Größenordnungen ganzer Klassen ein Mehrbedarf an Plätzen entsteht. Hier muss jetzt mit Augenmaß auf Fertigstellung und Tempo gedrängt werden. Ansonsten wird die Situation schnell nicht mehr übersehbar. Generell muss immer wieder betont werden, dass die Kommune selbst viel zu wenige Flächen für den Bau von Kitas und Schulen besitzt. Die öffentlichen Aufgaben werden dadurch ungeheuer schwer und es kommt zur Konkurrenz von mehreren berechtigten Interessen auf Baugrundstücken. Nach wie vor kann eine Konsequenz daraus nur sein, dass wir versuchen müssen, jede kommunale Fläche zur Erfüllung unserer Aufgaben zu erhalten. Verkaufs- und Vermarktungsgedanken zur kurzfristigen Stillung finanzieller Bedarfe muss entgegengetreten werden. Diese Zeiten sollten vorbei sein. Was nämlich einmal weg ist, kann heutzutage nur unter schwierigsten Bedingungen erworben werden. Ohne Zukäufe aus der privatisierten Erde Leipzigs werden aber viele künftige Bauvorhaben kaum umsetzbar sein.

Wie im Brennglas verschärfen sich derzeit die nichtgelösten Probleme auf Landesebene. Dabei ist die Personalsituation in den Bildungseinrichtungen ein besonderes Problem. Da über Jahrzehnte auf Kante und knapper genäht wurde, wird seit Jahren der Freistaat der Personalknappheit kaum Herr. Seiteneinstieg ist kein frischer Wind von außen als Ergänzung oben darauf, sondern oft schon die letzte Reserve. Die Großstädte sind noch attraktiver, aber auf dem Lande und besonders in Ostsachsen geht das Personal aus. Hinzu treten baldige Verrentungswel-



Marco Götzte ist Lehrer für Kunst und Geschichte.

len. Schnellbesohlung und Programme zur Unterrichtsversorgung sind Notlösungen, sie können aber keine Dauerlösungen sein. Das tut weder den Lehrkräften noch den Kindern gut. Wir müssen – langfristige Planung und genügend Geld im System vorausgesetzt – zu einer kontinuierlichen, ausreichenden qualitativ hochwertigen Lehrkräfteausbildung in Sachsen mit genügend Absolvent*innen und regelmäßigen Übernahmen kommen. Wenn man das nach 30 Jahren immer noch nicht schafft, ist augenscheinlich der Wurm schon bei den Grundlagen der Berechnungen drin.

Und nicht zuletzt wollen wir als LINKE auch über die Verbesserung der Qualität von Bildung, zur Demokratisierung und sozialen Gerechtigkeit im Bildungssystem in Sachsen wieder verstärkt in die Offensive gehen. Ein

erster Schritt nach den Erschwernissen der Pandemie wird eine Bildungskonferenz sein, welche am 30.04.2022 in Leipzig stattfinden wird. ■

Termintipp

DIE LINKE. Sachsen veranstaltet eine landesweite **Bildungskonferenz**, um über die Situation der sächsischen Schulen und Lösungen der Probleme zu diskutieren.

Interessierte sind herzlich eingeladen teilzunehmen! Eine Anmeldung ist online möglich.

30. April 2022, 9:30 bis 18:00 Uhr, MediaCity Leipzig

Infos: www.dielinke-sachsen.de ■

Kurz&knapp: Die Kindercharta startet

WILLIAM RAMBOW

► Stadtrat, Sprecher für Kinder und Jugend

Auf Initiative der LINKEN beschloss der Stadtrat 2020 eine Kinder- und Jugendcharta für Leipzig zu erstellen. Sie soll nach dem Vorbild von Frankfurt/Oder die Rechte junger Menschen in Leipzig bündeln und Maßnahmen zur aktiven Bekämpfung von Kinderarmut benennen. Mit der Vorlage eines Plans skizzierte die Leipziger Stadtverwaltung nun – mit einiger Verspätung – den Prozess zur Erstellung der Charta, der dieses Jahr beginnen soll. Als LINKE im Stadtrat werden wir den Prozess kritisch begleiten und insbesondere darauf achten, dass betroffenen Kinder und Jugendliche in die Erarbeitung einbezogen sind. ■



Energiepreis-runter.de

Mit einer Kampagne fordern DIE LINKE. Sachsen und die Linksfraktion Sachsen die Bundesregierung zum Handeln auf. Die Energiepreise müssen sofort sinken! Dafür muss die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, denkbar wäre etwa eine

Senkung der Mehrwertsteuer. Im Gegensatz zu Deutschland haben eine Vielzahl unserer europäischen Nachbarländer die Energiepreise gedeckelt oder gesenkt. Alle Infos:

► www.energiepreis-runter.de

Bezahlbare Busse und Bahnen in Leipzig sind ein Muss!

Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets für alle unter 27 Jahren

FRANZISKA RIEKEWALD

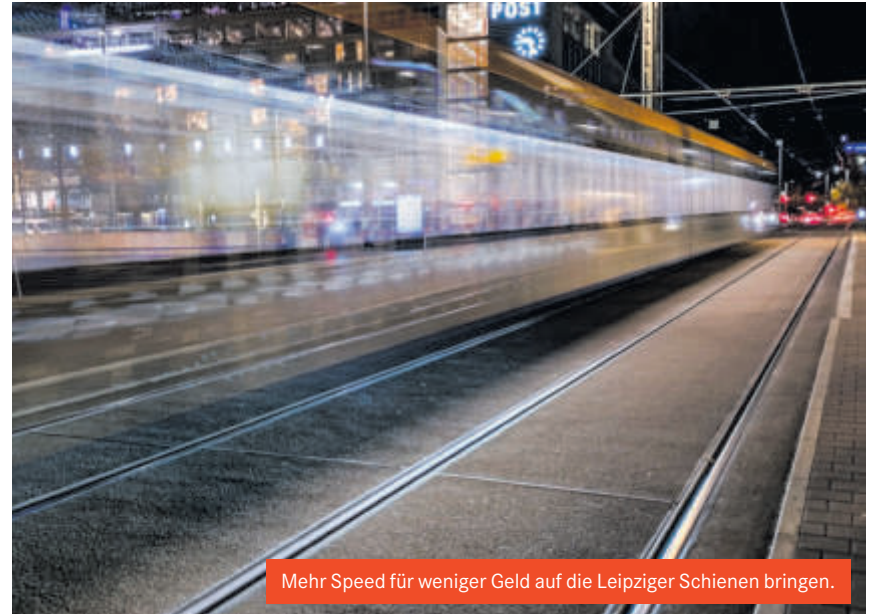
► Stadträtin, Sprecherin für Verkehr der Fraktion

Seit Jahren setzt sich die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig für bezahlbare Fahrpreise in den Bussen und Bahnen Leipzigs ein. Im Jahr 2018 war es sogar gelungen, auf Antrag von DIE LINKE im Stadtrat ein Preis-Moratorium zu beschließen. Im Jahr 2019 und 2020 wurden so die Preise in Leipzig für den ÖPNV (Straßenbahn, Bus und S-Bahn) nicht erhöht. Das war ein Schritt in die richtige Richtung. Aber schon im Jahr 2021 wurde erneut eine Preiserhöhung beschlossen. Auch im Jahr 2022 sollen die Preise in Leipzig weiter steigen. Angesichts der eh schon hohen Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Heizkosten und Co. lehnt DIE LINKE diese Preiserhöhungen ab. DIE LINKE sieht Mobilität als Teil der Daseinsvorsorge. Gerade jetzt ist es, angesichts der immer weiter steigender Spritpreise, wichtig eine preiswerte Alternative durch die LVB und S-Bahn anzubieten. Steigen werden die Tarife trotzdem, die Mehrheit in den Gremien will es so.

Daher freuen wir uns als LINKE umso mehr, dass es gelungen ist, erneut gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen

und der SPD im Stadtrat einen Antrag zur Einführung eines 365,- €-Tickets zu stellen. Vielleicht erinnern Sie sich, soweit waren wir schon einmal. Damals haben wir allerdings auf die Finanzierung durch den Bund gehofft. Diese Fördermittel sind jedoch leider nicht in Leipzig angekommen. Wir versuchen jetzt einen Neustart mit einer kleineren Variante und finanziert durch die Stadt Leipzig. Laut dem Antrag soll die Stadtverwaltung prüfen, ob es finanziell möglich ist ab dem 01. August 2022 das 365,- €-Ticket in Leipzig für alle Menschen unter 27 Jahren einzuführen. Gerade junge Menschen, welche nach ihrem Studium oder Ausbildung am Anfang ihres selbstständigen Lebens stehen, wollen wir davon überzeugen, dass der Schritt ins neue Leben nicht bedeutet, man muss jetzt ein Auto kaufen. Wir hoffen sehr, dass die Verwaltung eine Finanzierung findet, damit es endlich mit dem Projekt vorwärts geht. Dieser Schritt bleibt allerdings nur ein kleiner Schritt hin zu preiswerterem ÖPNV insgesamt. Die Einführung des 365,- €-Tickets für alle, bleibt weiterhin unser Ziel.

Wir benötigen endlich eine ausreichende Finanzierung des Nahverkehrs, damit eben nicht jedes Jahr die Preise



Mehr Speed für weniger Geld auf die Leipziger Schienen bringen.

steigen. Dafür braucht es die Unterstützung des Bundes und Landes. Alleine aus dem städtischen Haushalt ist dies nicht zu stemmen. Viel zu lange schon werden die Städte und Gemeinden bei der Finanzierung des ÖPNV im Stich gelassen. Dass eine bessere Finanzierung von Bundesseite möglich ist, wenn es nur gewollt ist, zeigen

die Ankündigungen zum Ticket „9 für 90“. Hoffen wir, dass auch langfristig in Berlin und Dresden ein Umdenken einsetzt, denn ohne bezahlbaren ÖPNV wird es keine Verkehrswende geben. Und ohne Verkehrswende keinen Stopp des Klimawandels. DIE LINKE wird diesen Kampf jedenfalls weiterführen. ■

Wir im Osten von LE

Unangepasst, geschichtsbewusst, vor Ort aktiv

UWE FIEDLER

► Vorsitzender DIE LINKE, Leipzig-Ost

Im Leipziger Osten, also grob vom Kiez rund um die Eisenbahnstraße bis zum östlichsten Rand der Stadt, ist der Stadtbezirksverband Leipzig-Ost organisiert und engagiert. Der Stadtbezirk Ost ist nach Einwohner*innen der größte der zehn Leipziger Stadtbezirke. Hier treten die Widersprüche des kapitalistischen Normalzustandes besonders deutlich zutage. Sei es durch die immer noch nicht abgeschaffte Waffenverbotszone, steigende Mieten sowohl in angesagten Altbauvierteln als auch in von der Politik (fast) vergessenen Plattenbaugebieten, ausbeuterische Arbeitsbedingungen beim Versandkonzern oder organisierte Nazibanden (nicht nur) an den Rändern der Stadt: das Leben im Leipziger Osten ist für die Mehrheit der Menschen hier belastet. Wir haben uns hier unter dem Namen BO Wilder Osten als Basisorganisation der Partei DIE LINKE, Leipzig zusammengeschlossen, weil wir diese „Normalität“ ablehnen und die Gesellschaft grundlegend anders gestalten wollen. Gemeinsam mit Euch vor Ort wollen wir den Weg zu einer besseren, einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft gehen.

Unser Anspruch an uns selbst: basisdemokratisch, antifaschistisch, antirasistisch, feministisch, emanzipatorisch

und pluralistisch sein, und das auch in unserem politischen Alltag leben. So halten wir das Gedenken an die Opfer des Faschismus wach, kochen Kaffee für Menschen, die bei der Tafel anstehen, organisieren Kinderfeste und unterstützen feministische Demonstrationen, protestieren lautstark, wenn die coole Kneipe vom Vermieter rausgeworfen werden soll.

Wir suchen immer das direkte Gespräch: ob an der Haustür, in der Bar oder beim Infostand. Mit euch gemeinsam die Probleme vor Ort benennen und in solidarischer Zusammenarbeit an Lösungen arbeiten, das ist unser Herzenswunsch. Wir sind eine junge bzw. junggebliebene Basisgruppe, die gar kein Interesse an Flügelkämpfen innerhalb der Partei hat, weil wir mitten im Leben stehen und dadurch Bodenhaftung erhalten. Wir sehen uns als Bestandteil der politischen Zivilgesellschaft. Es ist unser Anliegen, verschiedene Aktionen und Veranstaltungen zu planen und umzusetzen - gern auch vernetzt mit anderen Gruppen in (gemeinsamen) Projekten. Wie die meisten Gruppen und Gremien in unserer Partei treffen wir uns monatlich. Abhängig vom Wetter und der Coronalage finden diese Treffen, welche offen für Interessierte sind, real oder online statt. Die Info wann und wo gibt es in der Geschäftsstelle von DIE LINKE, Leipzig unter 0341 14064411. ■

Für eine starke LINKE

Das Auseinanderdriften der Schere zwischen Arm und Reich, die globalen Folgen des Klimawandels und die immer kriegerischer werdende Außenpolitik zeigen deutlich die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Wandels hinzu einem solidarischen und nachhaltigen Leben und Wirtschaften. Dafür steht DIE LINKE wie keine andere Partei. In Leipzig führt dies dazu, dass ihre Politik bei immer mehr Menschen auf positives Interesse stößt. So ging sie bei den letzten Kommunalwahlen als stärkste Partei durchs Ziel und gewann bei der Bundestagswahl eines der beiden Leipziger Direktmandate. Nicht nur bei den Wahlergebnissen ist die Leipziger Linkspartei erfolgreich. Allein im Jahr 2021 wurden 240 Menschen Mitglied der Partei, welche nun knapp 1.700 Genossinnen und Genossen in ihren Reihen zählt. Für deren ehrenamtliches Engagement

bietet DIE LINKE den passenden organisatorischen Rahmen. Sie ist in allen 10 Leipziger Stadtbezirken mit Ortsgruppen vertreten und wirkt vor Ort mit ihren 30 Stadtbezirksbeirätinnen für ein sozialeres und nachhaltigeres Leipzig (siehe Artikel rechts). Zusätzlich bietet die Partei über ihre vielfältigen, inhaltlich fokussiert wirkenden, Arbeitsgemeinschaften weitere Möglichkeiten des Mitwirkens an. Für Jüngere oder mit ihren politischen Zielen Sympathisierende gibt es die linksjugend und den Studierendenverband SDS, in welchen auch mitgewirkt werden kann, ohne Mitglied zu sein. Damit der Einstieg in das Parteileben leicht fällt, ist DIE LINKE bestrebt, die Zugänge so einfach wie möglich zu gestalten. Sie ist wochentäglich unter 0341 1406440 telefonisch und in der Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus, Braustraße 15, zu erreichen. Ebenfalls können sich Interessierte auf deren Homepage www.dielinke-leipzig.de und auf den diversen Social-Media-Seiten (z.B. Facebook, Twitter, Instagram) über ihre Arbeit informieren. ■



Auch außerhalb des Parlaments am Start: DIE LINKE, Leipzig.



Frauen* in der Pandemie

Oder: warum eine gesellschaftliche Debatte um die Sorgearbeit dringend erforderlich ist

SUSANNE SCHEIDEREITER

► Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik DIE LINKE. Sachsen

Seit nunmehr fast drei Jahren befinden wir uns in der Pandemie. Für Frauen bedeutet dies in Sachen Gleichberechtigung einen Rückschritt von geschätzten 30 Jahren! Aus dem Grund haben wir als DIE LINKE in Sachsen in diesem Jahr den Internationalen Frauen* (kampf)tag dem Thema „Sorgearbeit“ gewidmet.

„Sorgearbeit“ sind notwendige Tätigkeiten zur Erhaltung und Wiederherstellung der menschlichen Arbeitskraft. Also alle Tätigkeiten, die Menschen nach der Erwerbsarbeit in ihrem Zuhause ausführen, können als „Sorgearbeit“ bezeichnet werden: Kochen, Waschen, Putzen, Einkaufen (allgemein: Hausarbeit). Auch die Pflege, Erziehung und emotionale Sorge der Familienangehörigen wie Kinder oder ältere Menschen gehören dazu. Wem dann noch Zeit bleibt, investiert diese in die Selbstfürsorge oder ins Ehrenamt. Sorgearbeit ist wertvoll, denn sie ist die Grundlage des Lebens, und alles andere baut auf ihr auf. Sorgearbeit hört niemals auf und wird nicht bezahlt. Die Summe der geleisteten Arbeitsstunden ist enorm.

So weit, so gut. Wenn nicht die Verteilung eben dieser Arbeit so ungleich wäre: Täglich wenden Frauen 52 % mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit

auf als Männer. Vor allem in der Kinderbetreuung und -versorgung tragen sie mit 61 % der Zuständigkeit den wesentlich größeren Anteil bei.

In der Pandemie haben sich die Verhältnisse nochmals zu Ungunsten der Frauen verschoben, der Anteil stieg durch den Ausfall von Schulen, Kitas, Freizeitangeboten und Sportvereinen weiter an. Dadurch haben Frauen weniger Zeit für Ehrenamt, Politik sowie für sich. Dabei ist es enorm wichtig, dass Frauen gesellschaftlich aktiv werden, nur so können sie ihre Interessen unmittelbar vertreten und Veränderungen bewirken.

Durch die Mehrbelastung in der Sorgearbeit während der Pandemie wiederum sind mehr Frauen in Teilzeitarbeitsverhältnisse gegangen, um vor allem die Kinderbetreuung und Beschulung zu schaffen. Neben weniger Lohn bedeutet dies auch in Zukunft weniger Rente und damit ein steigendes Risiko für Altersarmut. Kinder sind dabei ein zusätzliches Risiko gerade für Alleinerziehende, in die Armut zu rutschen.

In den sozialen, pflegenden oder versorgenden Berufen wie im Krankenhaus, Alten- und Pflegeheimen, in den Kindergärten, Grundschulen und im Einzelhandel, die eher schlecht bezahlt werden, sind überwiegend Frauen tätig. Diese „professionelle Care-Arbeit“ gehört ebenso auf den Prüfstand und zwar aus Gründen der Finanzierung,

der Arbeitsbedingungen für die Angestellten sowie der Qualität der Arbeit: zu große Betreuungsschlüssel, keine Zeit für die Patient_innen, eine Unterwerfung dieser wichtigen Arbeit unter das Diktat von Zeit und Geld machen einen guten Job nahezu unmöglich.

Dass Berufs- und Sorgearbeit nebeneinander sehr belastend sein können, wird heruntergespielt. Mit Anti-Stress- sowie Zeitmanagement-Seminaren wird den Frauen suggeriert, dass es in ihrer eigenen Verantwortung liegt, mit der Doppelbelastung klar zu kommen. Die stark gestiegene Nachfrage nach Eltern (Mutter)- Kind Kuren verdeutlichen die Überlastung der Frauen.

Wenig Abhilfe ist durch die Ampel-Regierung zu erwarten. Sie will ab 2023 Familien mit Gutscheinen für Haushaltshilfen unterstützen. Davon abgesehen, dass nur 40 % der anfallenden Lohnkosten vom Staat übernommen werden, sind heute 90 % der angemeldeten Haushaltshilfen weiblich. Eine Umverteilung von Care-Arbeit ist somit nicht zu erwarten. Was es vielmehr braucht, ist eine grundlegende gesellschaftliche Debatte zur Organisation von Sorgearbeit, sowohl im privaten als auch im professionellen Bereich: Wie wollen wir leben? Ist eine Arbeitswoche von 40 Stunden das, was wir wollen? Wie können wir die professionelle Pflege wieder menschenwürdig machen, für Pfleger*innen und zu Pflegenden? Eine Rekommunalisierung

von Krankenhäusern sowie Pflegeeinrichtungen wäre hier ein erster Schritt.

Sorgearbeit braucht Zeit. Das Maß sollte der Mensch sein. Also: Mehr Zeit für Care-Arbeit! Care-Arbeit ist gesellschaftlich notwendig. Sie verdient volle Anerkennung und eine gerechte Aufteilung zwischen den Geschlechtern. Davon würden alle profitieren: die Frauen, weil sie mehr Zeit für Ehrenamt und Politik hätten, die Männer, weil sie mehr Zeit für und mit ihrer Familie zubringen könnten. Es würde nur Gewinner_innen geben. ■

Unsere Forderungen

- Care-Arbeit personell und finanziell aufwerten
- Gegen Sachgrundlose Befristung, Leiharbeit und Arbeit auf Abruf
- Ausbau flächendeckender Betreuungsangebote für Kinder
- Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit
- Unterstützungsangebote durch eine echte Kindergrundsicherung
- Ausfinanzierte Hilfesysteme und bessere Prävention im Gewaltschutz
- § 218 StGB aus dem Strafgesetzbuch streichen

Sachsens

LINKE

im
Bundestag



Danke!

Danke, liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

ein Grußwort der LINKEN-Fraktionsvorsitzenden aus dem Bundestag an Leipzig muss natürlich mit einem Wort beginnen: DANKE!

Zahlreiche Wählerinnen und Wähler haben das Direktmandat von Sören Pellmann im Leipziger Süden ermöglicht. Ohne dieses Votum, dieses Vertrauen in Sören Pellmann, wäre DIE LINKE nicht mehr im Deutschen Bundestag vertreten. Wir stehen vor immensen Herausforderungen und Veränderungen. Auch als Partei. Wir haben viel Vertrauen zurückzugewinnen. Es liegt dafür einiges an Arbeit vor uns, aber mit Engagement, Glaubwürdigkeit und Geschlossenheit werden wir das schaffen.

Dass wir gebraucht werden, das zeigt sich dieser Tage besonders. Im Zuge des verbrecherischen Angriffskrieges Putins gegen die Ukraine legt die Ampel haushaltspolitische Weichen, die in der Konsequenz mehr Aufrüstung und mehr Armut bedeuten werden. Die Kindergrundsicherung ist so gut wie vom Tisch und die Preisexplosionen für Nahrung, Mobilität und Wohnen werden mit unzureichenden Einmalzahlungen abserviert. Es ist gut, dass DIE LINKE hier im Parlament Widerspruch deutlich machen kann. Das 100 Milliarden Euro Sondervermögen für Aufrüstung und die damit verbundene Grundgesetzänderung werden wir nicht mitmachen. Wir werden uns mit allen unseren Möglichkeiten dagegenstellen.

Der Krieg gegen die Ukraine verändert vieles. Er bringt unendliches Leid und Elend. Viele Menschen in Leipzig zeigen jetzt große Solidarität. Sie helfen Geflüchteten, organisieren Unterkünfte und Versorgung. Auch dafür: Danke!

Mit solidarischen Grüßen

Amira Mohamed Ali
Dietmar Bartsch

Energiepreise runter – das Leben muss bezahlbar sein

Von AMIRA MOHAMED ALI Es sind schwierige Zeiten. Eine Sprache, von der wir alle gehofft haben, sie hätte ausgedient, nämlich die Sprache des Militärs und der kriegerischen Gewalt, ist zurück in Europa. Putins Angriff auf die Ukraine ist ein verbrecherischer Akt. Absolut nichts rechtfertigt diesen Krieg. Tausende Menschen haben bereits ihr Leben verloren, darunter viele Zivilisten, viele Kinder. Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer fliehen aus ihrer Heimat und suchen Schutz, auch bei uns in Deutschland. Die schrecklichen Bilder von Menschen, die in Todesangst in Bunkern und Häusern ausharren, zeigen uns in aller Deutlichkeit: Dieser Krieg muss unbedingt beendet werden!

Gerade jetzt wäre es besonders wichtig, einen kühlen Kopf zu bewahren. Leider tut die Ampel-Koalition dies nicht, sondern plant die größte Aufrüstung in der Geschichte der Bundes-

republik. Während für viele wichtige Bereiche unserer Gesellschaft immer wieder von den Regierenden zu hören war, es sei hierfür kein Geld da, z. B. für Pflegeheime und Krankenhäuser, für Schulen und Kitas, für Schwimmbäder und Sportplätze, sollen über Nacht willkürlich 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr locker gemacht werden. Dafür will die Bundesregierung sogar das Grundgesetz ändern. Wir als Linke sagen: Das ist der völlig falsche Weg – wir lehnen diese Kriegskredite ab! Die Geschichte lehrt uns, dass Aufrüstung nicht der Weg zu Frieden und Sicherheit ist, im Gegenteil. Gerade in der jetzigen Situation wird uns doch vor Augen geführt, wie wichtig Abrüstung ist, insbesondere bei der Frage von Atomwaffen.

Die Situation in der Ukraine hat große Auswirkungen auf uns hier in Deutschland. Schon im letzten Jahr sind Strom, Gas und Sprit deutlich teurer geworden,

der Krieg verschärft diese Entwicklung extrem. Für immer mehr Menschen ist das eine riesige Belastung, auch kleine Unternehmen leiden darunter. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, diese Preisexplosionen umgehend zu stoppen. Unser Vorschlag dazu ist sehr konkret und wirksam: Die Mehrwertsteuer auf Energie und Kraftstoffe soll von 19 auf 7 Prozent abgesenkt und die Energiesteuer ganz ausgesetzt werden. Eine staatliche Preisaufsicht kontrolliert, dass die Steuersenkungen vollständig an die Kunden weitergegeben werden. Ergebnis wäre: Die Strom- und Gasrechnung würde um knapp ein Viertel sinken, der Liter Benzin und Diesel an der Tankstelle wäre bis zu einem Euro günstiger. Viele andere Staaten in Europa sind ähnliche Schritte längst gegangen. Wir bleiben im Bundestag weiter dran, dass die Regierung endlich nachzieht! Denn für uns ist klar: Das Leben muss für alle bezahlbar sein! ■

Mietenkrise wirksam bekämpfen

VON CAREN LAY Die Mietenkrise hat längst auch Sachsen erreicht. Landesweit steigende Mieten, stark gestiegene Bodenpreise, ein weiterer Verkauf von Bundesliegenschaften sowie eine stark rückläufige Zahl an Sozialwohnungen – das ist im Freistaat leider bittere Realität. Beispielsweise stiegen die Mieten in Leipzig innerhalb der letzten zehn Jahre um mehr als 42 % - in Dresden im gleichen Zeitraum um 30 %. Doch nicht nur in den großen Städten steigen die Preise stark an, auch im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge oder im Landkreis Nordsachsen stiegen die Mieten in den letzten zehn Jahren um jeweils mehr als 15 %. Gleichzeitig ist die Anzahl der Sozialwohnungen seit 2011 um 85 % gesunken. 7.000 Sozialwohnungen weniger pro Jahr bedeuten, dass rund alle 30 Stunden eine Sozialwohnung irgendwo in Sachsen wegfällt.

Für immer mehr Menschen ist die Miete eine existenzielle Belastung. Gerade angesichts der explodierenden Energiepreise bleibt für viele Menschen nach Abzug der Miete und Energiekosten immer weniger Geld zum Leben. Unter der Kanzlerin Angela Merkel hat die CDU 16

Jahre lang die Mietenkrise nicht ernst genommen und keine wirksame Mietpolitik zum Wohle der Mieterinnen und Mieter gemacht. Auch unter der Ampelregierung droht sich dies fortzusetzen. Anstatt dem Mietenwahnsinn etwas Wirksames entgegenzusetzen, wurden im Koalitionsvertrag nur halberzige Maßnahmen vereinbart. Um es ganz klar zu sagen: unter der Ampel werden die Mieten weiter steigen und die Mieterinnen und Mieter weiter belastet werden.

Als LINKE sagen wir: es braucht fundamentale Eingriffe bei der Mietpolitik, um die Mietenkrise in den Griff zu bekommen. Für Großstädte wie Leipzig oder Dresden fordern wir einen Mietstopp. Zudem wollen wir einen Neustart im Sozialen Wohnungsbau. In Sachsen fehlen weit über 100.000 bezahlbare Wohnungen – der Neustart im Sozialen Wohnungsbau muss diese Lücke in den nächsten Jahren spürbar schließen. Angesichts der gestiegenen Energiepreise wird immer wichtiger, was wir von Anfang an gesagt haben: der CO₂-Preis fürs Heizen darf nicht auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt werden. In einer unsanierten Altbau-



Caren Lay

ist die Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik sowie für Clubpolitik. Sie ist 1972 geboren, ist studierte Soziologin und vertritt seit 2009 den Wahlkreis Bautzen in Berlin. Zuvor saß sie für DIE LINKE im Sächsischen Landtag.

wohnung entstehen dadurch gerade Mehrkosten von 130 – 190 Euro pro Jahr. Tendenz steigend. Wir sagen: Schluss damit. Der Vermieter ist für den Zustand des Gebäudes und für die eingebaute Heizung verantwortlich und muss daher auch den kompletten CO₂-Preis aufs Heizen tragen. Es braucht endlich wirksame Maßnahmen gegen den Mietenwahnsinn. Wir streiten dafür, dass Wohnen für Millionen Menschen nicht länger Luxus ist. ■

Menschenrechte sind unverhandelbar

VON CLARA BÜNGER Ich bin mit dem Versprechen angetreten dafür zu kämpfen, dass die Menschenrechte wirklich für alle gelten. Davon sind wir weit entfernt.

Besonders gravierend werden die Rechte von geflüchteten Menschen an den europäischen Außengrenzen verletzt, wie zum Beispiel in Polen. Nachdem seit Sommer 2021 vermehrt Schutz-

suchende versuchten, über Belarus in die EU zu gelangen, errichtete Polen entlang der Grenze eine militärisch abgeriegelte Sperrzone. Weder Hilfsorganisationen noch Journalist:innen haben dort Zugang. Mindestens 21 Menschen sind im Grenzgebiet ums Leben gekommen, mitten in Europa! Tausende wurden illegal und gewalttätig nach Belarus zurückgeschoben. Die wenigen Geflüchteten, die es nach Polen geschafft

haben, werden unter unmenschlichen Bedingungen in geschlossenen Lagern inhaftiert. Dieses Vorgehen widerspricht eindeutig europäischem Recht. Doch auf öffentliche Kritik der Bundesregierung oder der EU wartet man bislang vergebens. Um mir ein Bild von der Situation zu machen, begab ich mich vom 14.-16. Januar mit Genoss:innen der LINKEN und Aktivist:innen aus der Refugearbeit auf eine Delegationsreise nach Polen. In den Gesprächen wurde klar: Es gibt keine Migrationskrise, sondern eine humanitäre Krise, die aktiv von der rechten polnischen Regierung hergestellt wird - mit Billigung der EU. Besonders beeindruckt haben mich die vielen Aktiven, die es nicht hinnehmen, dass Menschen in ihrer unmittelbaren Nähe an Kälte, Hunger und Unterversorgung sterben, die trotz drohender Kriminalisierung in die Wälder gehen, um den dort festgehaltenen Menschen zu helfen. Diese Solidarität müssen wir stärken! Von der Bundesregierung fordere ich, dass sie Schutzsuchende, die jetzt noch dort festsitzen, aufnimmt und im Gegenzug alle Dublin-Abschiebungen nach Polen stoppt. Sie darf zu den Rechtsbrüchen in Polen nicht länger schweigen.

Ebenso wichtig ist es aus meiner Sicht, auch auf die Lebensumstände bei uns zu schauen. Ein Beispiel dafür ist das „Samocca“ in Aue. Ein außergewöhnliches Café, das Arbeitsplätze

für Menschen mit Handicaps schafft, und nun ein Opfer seines Erfolges zu werden droht. So musste durch Personalausfälle im Vollbetrieb der Träger um Verstärkung gebeten werden. Das Ergebnis war eine Verkürzung der Öffnungszeiten - gegen den Willen der Beschäftigten. Für die Betroffenen ist das eine katastrophale Entscheidung. Die eingeschworene Gemeinschaft droht zerstört zu werden, Mitarbeiter:innen werden außerhalb vermittelt. Die Arbeit, welche einen Halt und Sinn in ihrem Alltag bringt, steht vor dem Aus. Die Mitarbeiter:innen müssen eingebunden und der unsensible Umgang mit ihnen beendet werden. Hier stehe ich an ihrer Seite. ■

Clara Bünger

rückte im Januar 2022 für die langjährige Sozialpolitikerin Katja Kipping in den Bundestag nach. Geboren 1986 in Oldenburg, aufgewachsen in Freiberg, studierte sie in Leipzig Jura. Als Volljuristin engagiert sie sich beruflich und ehrenamtlich in der Menschenrechtsarbeit. In der Linksfraktion übernimmt sie jetzt die Sprecherinnenbereiche für Rechts- und Flüchtlingspolitik als Schwerpunktaufgaben. Ihren Wahlkreis hat sie im Erzgebirge.



Geheimdienstkontrolle, Sport und Katastrophenschutz

VON ANDRÉ HAHN Die Themenpalette, die der in der Sächsischen Schweiz wohnende Abgeordnete zu bearbeiten hat, ist sehr vielfältig. Seit 2014 gehört André Hahn dem Parlamentarischen Kontrollgremium für die drei deutschen Nachrichtendienste BND, Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Militärischen Abschirmdienst an, und er war auch der erste Linke in der Geschichte der Bundesrepublik, der den Vorsitz dieses Gremiums innehatte.

Dass DIE LINKE Geheimdiensten sehr kritisch gegenübersteht und in letzter Konsequenz deren Abschaffung fordert, ist bekannt, denn diese sind ein Fremdkörper in der Demokratie, weil sie sich nicht wirklich kontrollieren lassen (wollen). Zudem gehört zur parlamentarischen Kontrolle auch größtmögliche Transparenz, die hier schon deshalb nicht gewährleistet ist, weil die meisten Ergebnisse der Tätigkeit des Gremiums einer strengen Geheimhaltung unterliegen. Dennoch ist es unheimlich wichtig, dass auch die

Positionen der LINKEN im kleinsten Ausschuss des Bundestags artikuliert werden kann.

Dass inzwischen bei rechtsextremistischen Vorfällen in der Bundeswehr nicht länger von „bedauerlichen Einzelfällen“ geredet, die Existenz von rechten Netz-



werken nicht länger geleugnet wird und endlich dort beteiligte Soldaten aus dem Dienst entfernt werden, ist auch ein Ergebnis der Hartnäckigkeit von André Hahn.

Ein gänzlich anderer Bereich liegt ihm ganz besonders am Herzen, und zwar der Sport, für den er sich als Obmann im zuständigen Ausschuss und als sportpolitischer Sprecher der Fraktion engagiert. Auch hier gibt es zahlreiche drängende Probleme: Allein bei den Sportstätten und Schwimmbädern im Land existiert ein Investitionsstau von mindestens 30 Milliarden Euro, den Länder und Kommunen nicht allein bewältigen können. Die vom Bund bereit gestellten Mittel sind völlig unzureichend. Auch muss aus Sicht der LINKEN Schluss damit sein, dass durch die Bundesregierung immer wieder betont wird, dass wir ausschließlich für den Spitzensport zuständig seien. Abgesehen davon, dass es auch hier diverse Probleme gibt, kann es doch der Bundesebene nicht egal sein, dass aktuell

mehr als 50 Prozent der 10-jährigen nicht richtig oder gar nicht schwimmen können. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Und nicht zuletzt kümmert sich André Hahn um den zivilen Katastrophenschutz. Gerade nach dem verheerenden Hochwasser des letzten Jahres mit zahlreichen Todesopfern und Schäden in Milliardenhöhe muss dort endlich mehr getan werden. ■

Dr. André Hahn

kontrolliert für die Fraktion DIE LINKE im Bundestag die Geheimdienste. Daneben macht er Sportpolitik und spielt im FC Bundestag als Stürmer. Der studierte Lehrer für Deutsch und Geschichte ist seit 2013 im Bundestag und vertritt den Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

Immer ansprechbar

VON SÖREN PELLMANN

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

als im Süden direkt gewählter Bundestagsabgeordneter und Leipziger Stadtrat habe ich eine besondere Verantwortung für unsere Stadt. Es ist mir wichtig, in regelmäßigen Bürgersprechstunden und mit beständigen Informationsständen für möglichst viele Menschen permanent ansprechbar zu sein. Fast täglich können Sie mich daher weit über meinen Wahlkreis hinaus in Leipzig antreffen.

DIE LINKE ist das soziale Gewissen in der bundesdeutschen Politik und zugleich eine starke Stimme gegen die vielen Ungerechtigkeiten in unserem Land. #NahDran war das Motto meines erfolgreichen Wahlkampfes und dieses Motto gilt auch weiterhin: bei Streiks der Gewerkschaften oder von Friday for Future, bei Vorortbesuchen in Vereinen und sozialen Einrichtungen, bei Protestaktionen oder einfach am Informationsstand und bei Touren durch ganz Sachsen. Sprechen Sie mich und mein Team an.

Als neuer Ostbeauftragter der Linksfraktion im Bundestag verstehe ich mich als Ansprechpartner für eine Vielzahl von Themen, die in Leipzig und Sachsen relevant sind: Hohe Energiepreise, steigende Mieten, ungerechte

Renten, Pflegenotstand, die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und natürlich die noch immer massive strukturelle Benachteiligung des Ostens. Die Tagesschau sprach unlängst von der „westdeutschen Regierung“. Zu Recht: es gibt nur zwei Ministerinnen aus dem Osten; vom weiteren Führungspersonal stammen lediglich fünf von 144 Funktionsträgern aus Ostdeutschland. Angesichts dieses Skandals ist eine starke LINKE Opposition mit Ossi-Kompetenz im Bundestag dringend notwendig.

Als ausgebildeter Förderschullehrer vertrete ich auch in der neuen Wahlperiode mein Herzenthema Inklusion und Teilhabe. Noch immer bestehen zu viele reale Hindernisse für Menschen mit Behinderungen. Dazu kommen zahlreiche Barrieren in den Köpfen, die längst überholt sind. Menschen mit Behinderung sind vollwertige Mitglieder der Gesellschaft! Diese Tatsache wird umso klarer, wenn man bedenkt, dass in Deutschland knapp acht Millionen direkt Betroffene leben. Besonders fatal ist deren Arbeitsmarktsituation. Sie sind sowohl häufiger als auch länger arbeitssuchend als andere Menschen. Wer dann noch in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung arbeitet, der muss in Sachsen mit Stundenlöhnen von unter 1,50 € auskommen. Auch das ist ein Skandal, der unverzüglich beendet werden muss.

Als starke LINKE Opposition wollen wir nicht nur in den Parlamenten, sondern vor allem im öffentlichen Raum und konkret vor Ort für Sie wieder erkennbar sein und mit ihnen gemeinsam kämpfen. Linke Politik ist lautstark, konsequent und stets nah dran an Ihren realen Problemen. Dafür stehe und kämpfe ich. ■



Sören Pellmann

ist Ostbeauftragter und Sprecher für Inklusion und Teilhabe. Daneben ist er Sprecher der Landesgruppen Sachsen und Ost der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Der 45-jährige Grund- und Förderschullehrer gewann 2017 und 2021 das Direktmandat im Wahlkreis Leipzig-Süd. Er sitzt zudem für DIE LINKE im Leipziger Stadtrat und ist dort Vorsitzender seiner Fraktion.

Wahlkreisbüro Bautzen
MdB Caren Lay
Schülerstr. 10
02625 Bautzen
Telefon: 03591/270542
Telefax: 03591/270543

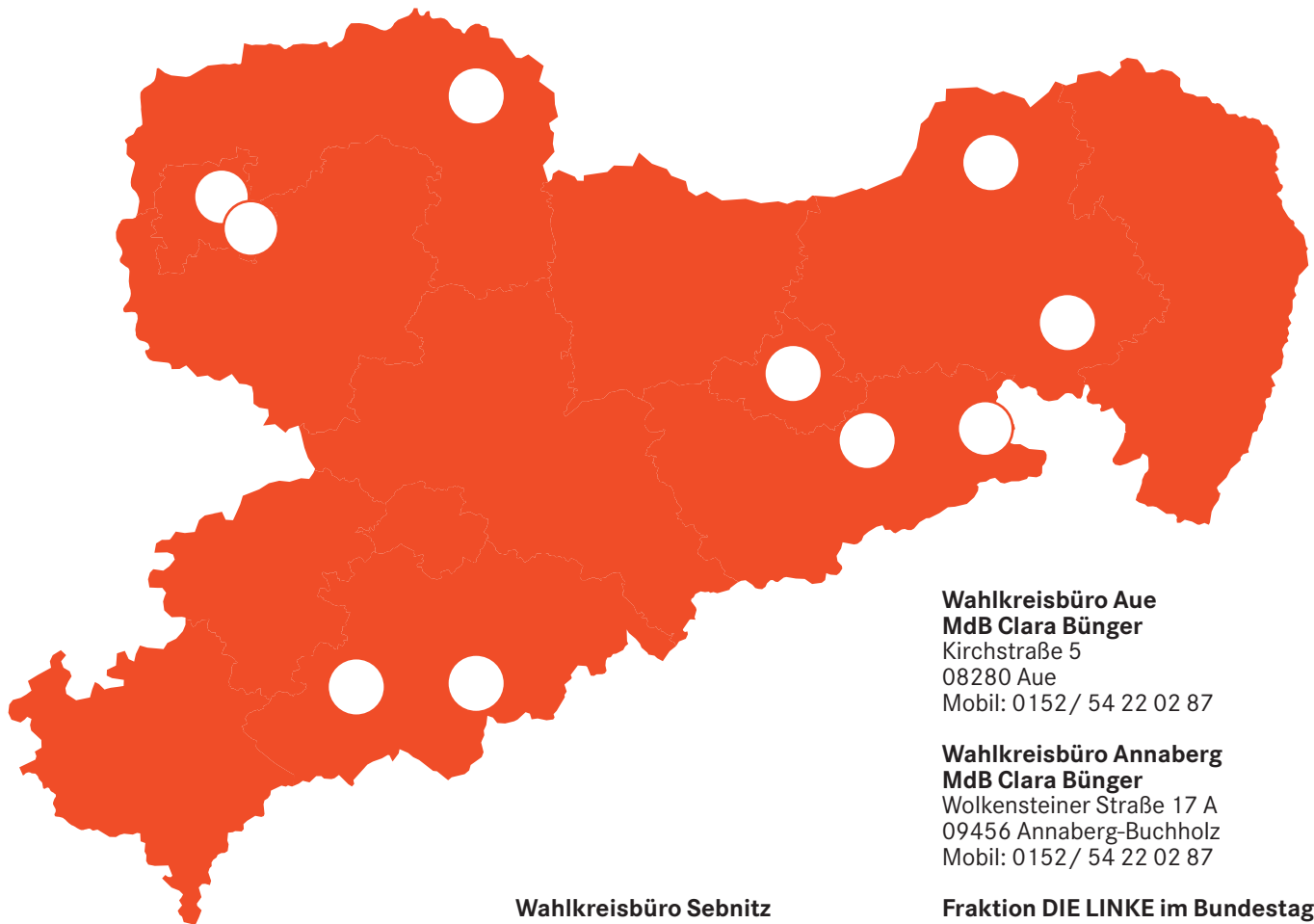
Wahlkreisbüro Dresden
MdB Clara Bünger
Großhainer Str. 93
01127 Dresden
Telefon: 0351/ 84709804

Wahlkreisbüro Hoyerswerda
MdB Caren Lay
D.-Bonhoeffer-Str. 4
02977 Hoyerswerda
Telefon: 03571/608118
Telefax: 03571/608481

Wahlkreisbüro Leipzig-Süd
MdB Sören Pellmann
Braustraße 15
04107 Leipzig
Telefon: 0341/94549995
Telefax: 0341/94549997

Wahlkreisbüro Leipzig-West
MdB Sören Pellmann
Stuttgarter Allee 18
04209 Leipzig
Telefon: 0341/2318440
Telefax: 0341/2318444

Wahlkreisbüro Pirna
MdB Dr. André Hahn
Lauterbachstr. 4
01796 Pirna
Telefon: 03501/57100910
Telefax: 03501/460878



Wahlkreisbüro Aue
MdB Clara Bünger
Kirchstraße 5
08280 Aue
Mobil: 0152/ 54 22 02 87

Wahlkreisbüro Annaberg
MdB Clara Bünger
Wolkensteiner Straße 17 A
09456 Annaberg-Buchholz
Mobil: 0152/ 54 22 02 87

Wahlkreisbüro Sebnitz
MdB Dr. André Hahn
Lange Str. 34
01855 Sebnitz
Telefon: 035971/189822
Telefax: 03501/460878

Fraktion DIE LINKE im Bundestag
Regionalbüro Ost
Schloßstraße 12
04860 Torgau
Telefon: 03421/776365
Telefax: 03421/776272

Clara Bünger

clara.buenger@bundestag.de
clarabuenger.de

Telefon: 030/227-72289
Telefax: 030/227-23 72289

Facebook: /ClaraBuenger
Instagram: @Clara.Buenger
Twitter: @c_ab_

Dr. André Hahn

andre.hahn@bundestag.de
andre-hahn.eu

Telefon: 030/227-75777
Telefax: 030/227-76777

Facebook: /drandreahn

Caren Lay

caren.lay@bundestag.de
caren-lay.de

Telefon: 030/227-74126
Telefax: 030/227-76126

Facebook: /Caren.Lay
Instagram: @Caren.Lay
Twitter: @CarenLay

Sören Pellmann

soeren.pellmann@bundestag.de
soeren-pellmann.de

Telefon: 030/227-75520
Telefax: 030/227-70518

Facebook: /MdBSoerenPellmann
Twitter: @LINKEPELLI
Instagram: @soerenpellmann



Impressum

Eine Zeitungsbeilage der **Landesgruppe Sachsen** innerhalb der

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro der Landesgruppe Sachsen
c/o linXXnet
Brandstraße 15
04277 Leipzig

Landesgruppenkoordinator Sachsen:
Marko Forberger
landesgruppe.linke-sachsen@
bundestag.de

Telefon: 0341/ 3081199
Mobil: 0163 / 3846548

linke-landesgruppe-sachsen.de

Mitarbeiterin **Südwestsachsen:**
Charlotte Roffalski
linke-ig-sachsen.ma04@bundestag.de

Mitarbeiter **Nordwestsachsen/**
Landkreis Leipzig:
Michael Eichhorn
linke-ig-sachsen.ma02@bundestag.de

V.i.S.d.P.: Sören Pellmann

Gestaltung: William Rambow
Fotos: Chris Colditz, William
Rambow, Olaf Krostitz

DIE LINKE.

Enttäuschte Erwartungen

Rico Gebhardt über den Zustand der schwarz-grün-roten Regierung

RICO GEBHARDT

► Vorsitzender der Linksfraktion Sachsen

Als die Kenia-Koalition ins Amt kam, prophezeite ich dem wiedergewählten Ministerpräsidenten im Landtag: Ihr Bündnis wird eine Regierung der enttäuschten Erwartungen sein. Offensichtlich lag ich nicht falsch. Immer wieder zeigt sich, dass in der Koalition zusammengedrückt ist, was nicht zusammengehört, und dass sie nicht liefern kann, was sie 2019 versprochen

Der MDR beauftragte im Februar eine DIMAP-Befragung. Ein Ergebnis: „Wurde die Arbeit der Landesregierung im August 2021 noch von einer Mehrheit der Sachsen positiv bewertet (59 Prozent), kommen aktuell nur noch vier von zehn zu einem positiven Urteil.“

Streit als Normalfall?

Harmonie gibt es in dieser Koalition nur als Schauspiel. Die Liste der Streitthemen ist lang, vieles steht in den Sternen – etwa ein Vergabegesetz, das staatliche Aufträge nur Unternehmen zugesteht, die ihre Beschäftigten anständig bezahlen. Um eine Reihe anderer Vorhaben wurde lange erbittert gerungen, etwa um das Bildungsticket. Aktuell laufen die Verhandlungen zum Landeshaushalt und zur Streitfrage, wie schnell die Corona-Kredite getilgt werden sollen.

Ständige Streitpunkte sind der Kohleausstieg, die Windenergie-Nutzung, der Umgang mit Asylsuchenden oder die ständigen Fehler des entlassungs-

reifen Innenministers. Wenn man manche Presseerklärungen liest, meint man, die Grünen seien in der Opposition. Konflikte sind in Koalitionen unvermeidlich, aber in Sachsen nehmen sie enorm viel Raum ein. Das lässt sich nicht mit einem Verweis auf die Corona-Pandemie entschuldigen. Konflikte sind von der Bevölkerung indes ebenso wenig beliebt wie Parteiengetzänk an sich. Der Ministerpräsident sollte vermitteln und die Richtung vorgeben, stattdessen steht er sich selbst im Weg.

Das Problem Kretschmer

Mindestens fünf Koalitionsabgeordnete hatten Kretschmer ihre Stimme verweigert. Auch sie misstrauten wohl dem Nimbus, den viele dem jungen Regierungschef zugestanden: Kretschmer sei besonders bürgernah, rede mit allen, sei ein Problemlöser. Wahr war das nie. Zwar behauptet er, „grundsätzlich mit allen Menschen“ zu sprechen, „die an einem sachlichen Austausch und ernsthaften Diskussionen interessiert sind“. Aber das tut er eben nicht – zumindest redet er nicht mit Leuten, die politisch links von ihm stehen. Wer schreit und die Demokratie zersetzen will, findet hingegen Gehör. In Frankenberg etwa ging Kretschmer demonstrativ auf eine Menge zu, die ihm erkennbar nichts anderes zubrühen wollte als „Hau ab“.

Schon vor der Pandemie entstanden aus seinen zahlreichen Gesprächsforen Listen von Zusagen, dieses oder jenes Problem zu lösen – wenig ist eingelöst. In besagter MDR-Befragung

befanden nur 48 Prozent, dass sie mit Kretschmers Arbeit zufrieden seien. 2019 waren es noch 71 Prozent gewesen. Eine Ursache sind sicherlich auch seine kommunikativen Fehlleistungen.

Ein Ministerpräsident als Irrlicht

Nicht nur dort, aber vor allem in der Corona-Krisenkommunikation hat Kretschmer immer wieder Richtungswechsel vollzogen, Erwartungen geweckt und enttäuscht. Einmal verkündete er, ab sofort könnten auch Kinder ab 14 Jahren im Impfzentrum die Schutzimpfung erhalten – das Deutsche Rote Kreuz als Betreiber wusste nichts davon. Ein anderes Mal verkündete sein Kabinett, man verlängere die Corona-Notfallverordnung unverändert, um die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz abzuwarten. Noch vor dieser Konferenz platzte der Regierungschef jedoch mit einem Kurswechsel heraus. Seine Regierung betonte lange, Weihnachtsmärkte könnten stattfinden, um sie dann abzusagen zu lassen.

Manche Äußerungen Kretschmers lassen einfach erstaunen. Im Januar 2021 gab er zu Protokoll, erst der Besuch in den Krankenhäusern habe ihm deren Überlastung vor Augen geführt – „Ich hätte mir gewünscht, dass ich früher gewarnt worden wäre.“ Überhaupt hätten „wir alle“ das Virus unterschätzt. Erklärt hat er hingegen nie, weshalb Sachsen im letzten Sommer so früh alle Impfzentren schloss oder weshalb es ewig dauerte, bis erste Fördermittel für

Luftfilter an den sächsischen Schulen ankamen.

Ende September bezichtigten sich die Koalitionsparteien sogar im Landtag der Lüge. Wir hatten kritisiert, dass der Ministerpräsident dem Steuerflüchtling und Milch-Milliardär Theo Müller in der Schweiz den Verdienstorden angeheftet hatte. Dabei ist Müller kein Vorbild, weil es ihm – so sagt er selbst – nur um „Gewinn, Gewinn, Gewinn“ geht. Kretschmer behauptete, das Wirtschafts- und das Umweltministerium hätten keine Einwände gegen seine Entscheidung erhoben, Müller auszuzeichnen. SPD und Grüne bestritten das postwendend als unwahr, Kretschmer aber blieb dabei.

Gerechtigkeit: nicht mit der CDU

Die CDU hängt bis heute an ihrem Anspruch, Sachsens Staatspartei zu sein. Es fällt ihr immer noch schwer, die Macht zu teilen – in der Regel tritt sie als Verhinderungsmacht auf, der selbst nicht mehr viel einfällt. Der LVZ-Korrespondent Kai Kollenberg befand, ihre Landtagsfraktion schein „intellektuell ausgeblutet“ zu sein. Übrig ist wenig mehr als stupide Auffassung, je weniger Geld der Freistaat ausbebe, desto größer sei das Lob der Bevölkerung. Wohin dieser Irrweg führt, wissen wir, Stichwort Lehrkräftemangel. Sachsen verdient eine Regierung, die Erwartungen erfüllt und unser Land gerechter macht. Das geht nur ohne die CDU. Dafür arbeiten wir, wenn die Umstände derzeit auch so ungünstig erscheinen wie noch nie. ■

DIE LINKE hilft

Gruppenbild der Helferinnen aus der Ukraine, Polen und Deutschland.

Hilfsgüter aus Deutschland wie Kleidung, Nahrung und Medikamente werden von Chemnitz an die Grenze gebracht und von dort in verschiedene ukrainische Orte verteilt.



An der polnisch-ukrainischen Grenze in der Nähe von Zamosc.

Drei Mal war die Landesvorsitzende von DIE LINKE, Sachsen, Susanne Schaper, gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Anna Gorskih (DIE LINKE) persönlich mit Hilfskonvois vor Ort.



Im Leipziger Rathaus ist DIE LINKE die stärkste Fraktion.

Garagenhöfe strategisch bewahren & aufwerten

VOLKER KÜLOW

► Stadtrat DIE LINKE

Die zu DDR-Zeiten mit viel Herzblut und mühsam besorgtem Baumaterial errichteten 227 Garagenhöfe sind aus dem Stadtbild Leipzigs nicht wegzudenken. Für die meisten der über 11.000 Pächter ist die Garage nicht nur ein wettergeschützter Unterstellplatz für ihr geliebtes Auto, sondern seit Jahrzehnten auch ein Teil der eigenen Biographie. Darum grummelt es derzeit vernehmlich in den Garagengemeinschaften, denn immer mehr Standorten auf kommunalem Boden droht Gefahr. Jederzeit kann die Stadt die Grundstücke für sich beanspruchen, um darauf dringend benötigte Schulen, Kitas und Wohnungen zu bauen. Damit ist die Zukunft der Garagen ein heißes Eisen in der Stadtgesellschaft.

Auch DIE LINKE registriert den Aspekt der Grundstücksverknappung in unserer wachsenden Stadt und der verschärften Nutzungskonkurrenz. Aber diese muss bürgernah und bürgerfreundlich ausgetragen werden, sonst besteht die Gefahr, dass ein Schaden angerichtet wird, der weit über den Abstellplatz für den privaten Pkw hinaus reicht. Die Linksfraction trägt mit ihren Aktivitäten im Stadtrat dazu bei, das nötige Fingerspitzengefühl an den Tag zu legen. Es kann und soll nicht darum gehen, an endlos vielen Stellen wertvollen Stadtraum mit Garagenhöfen zu belegen. Wir fordern aber von der Verwaltung ein stadtteilbezogenes Garagenentwicklungs- und Parkraumkonzept, um damit festzulegen, an welchen strategischen Punkten im Stadtraum Garagenhöfe sinnvoll, rechtssicher und bestandskräftig sind bzw. sein können.

Hinzu kommt der umweltbewusste Blick auf die Dachflächen der teilweise ausgedehnten Garagenhöfe. Sie bieten sich als Standort für Solaranlagen geradezu an und ermöglichen damit eine intensivere, effektive Nutzung dieses Teils des wertvollen Stadtraums im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels. Einst errichtet für Genossen Duroplast und bewährt für Kamerad Verbrenner können die Garagenhöfe damit auch Partner Elektromobil einen sicheren, materielle und ideelle Werte bewahrenden Hort bieten. ■

Eine soziale Wohnungspolitik geht nur mit links!

Wie DIE LINKE im Leipziger Stadtrat für bezahlbare Mieten kämpft

JULIANE NAGEL

► Stadträtin und Landtagsabgeordnete

Steigende Mieten und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum bleiben in Leipzig ein existenzielles Problem. Das merken sogar Normalverdiener*innen, die eine Wohnung suchen, und noch schmerzlicher die Niedriglöhner*innen oder Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Um 42 % sind die Wiedervermietungsmieten in der Stadt seit 2011 gestiegen, so stark wie nirgendwo in Sachsen. Wer sich die Mieten in den an allen Ecken aus dem Boden sprießenden Luxus-Neubauten leisten kann, bleibt angesichts des durchschnittlichen persönlichen Nettoeinkommens von 1.400 Euro unklar. Es steht zu vermuten, dass einige Menschen einen wachsenden Teil des Einkommens für die Miete aufbringen. Insbesondere Alleinerziehende und Rentner*innen in Leipzig können derzeit zum Teil erheblich mehr als die empfohlenen 30 % des Einkommens für die Gesamtmiete. Mit den steigenden Energiepreisen dürfte diese erheblich anwachsen, wenn nicht endlich nennenswerte soziale Abfederungen für die Endverbraucher*innen auf den Weg gebracht werden.

Und trotzdem kommt die Landesregierung mit Instrumenten, um Mieter*innen auch in Leipzig zu schützen, nicht aus dem Knick. Die Einführung der Mietpreisbremse, die laut Koalitionsvertrag für Anfang 2020 versprochen war, gibt es noch immer nicht. Mit der Bremse können die Mieten von Bestandswohnungen bei Wiedervermietung auf 20 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete gedeckelt werden, bisher gibt es dafür gar keine Grenze. Als Linksfraction hatten wir die Einführung der Mietpreisbremse, die das Land den Kommunen per Verordnung ermöglichen muss, Ende 2019 erfolgreich beantragt.

Und auch der viel beschworene soziale Wohnungsbau lahm. Mit den 20 Millionen Euro, die Leipzig jährlich für die Schaffung von Sozialwohnungen binden kann, können maximal 550 geschaffen werden, benötigt werden mehr als 1.300 Wohnungen pro Jahr, und damit mehr als doppelt so viel Geld vom Freistaat. Es kommen weitere Probleme hinzu: die geförderten Mieten in den Sozialwohnungen liegen bei 6.50 Euro und übersteigen damit den in Leipzig gültigen Satz für die Kosten der Unterkunft um mehr als 1 Euro pro Quadratmeter. Heißt, dass Sozialleistungsempfänger*innen, für die der Wohnungsmarkt besonders eng ist, sich Sozialwohnungen nicht leisten können. Außerdem laufen die Mietpreisbindungen nach 15 Jahren aus. Der Sozialwohnungsbau in Sachsen bleibt damit ein Programm zur sozialen Zwischennutzung vor allem für private Immobilienfirmen. Als LINKE haben wir dem Landtag eine Erhöhung des Budgets für die soziale Wohnraumförderung, eine Verlängerung der Mietpreisbindungen und Modellprojekte für Dauer-Mietpreisbindungen sowie die Bevorzugung von gemeinwohlorientierten und öffentlichen Wohnungsunternehmen bei der Fördermittelvergabe vorgeschlagen, vor allem die CDU wollte davon nichts wissen. Wie auch, lässt sie sich doch im großen Maßstab von der privaten Immobilienlobby sponsern.

Doch es kann nicht nur um Neubau gehen, zumal dies wichtigen ökologischen Maßgaben und Platzmangel widersprechen würde. In Leipzig mangelt es an Grundstücken in öffentlicher Hand und die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Arten sozialer Infrastruktur – Kita, Schulen, Sport und öffentliches Grün – ist groß. Kürzlich hat die Linksfraction darum einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Zweckentfremdung von bestehendem Wohnraum, ob als Ferienwohnungen oder aber durch spekulativen Leer-

stand, verboten werden soll.

In Leipzig wurden nach einer Untersuchung im Jahr 2019 rund 600 Wohnungen dauerhaft als Ferienwohnungen genutzt. Rund 8.400 wurden gewerblich – beispielsweise als Kanzleien oder Büros – genutzt und circa 12.000 Wohnungen standen leer. Mit steigender Tendenz: Die Untersuchung kommt zu dem Schluss dass pro Jahr ca. 500 zusätzliche Wohnungen zweckentfremdet werden. Sicher kann Leerstand von Wohnraum verschiedene Ursachen haben, zum Beispiel mangelndes Kapital zur Ertüchtigung bei kleinen, privaten Eigentümer*innen. Gerade in Leipzig ist aufgrund des weiterhin angespannten Wohnungsmarktes allerdings davon auszugehen, dass Wohnraum ganz bewusst und zum Zwecke der Steigerung von Grundstückserträgen, Verkaufspreisen oder Mieteinnahmen nicht vermietet wird bzw. verwahrlost. Wir meinen dagegen: Eigentum verpflichtet!

In der Perspektive bleibt es für uns als LINKE zentral die bzw. in Leipzig das öffentliche Wohnungsunternehmen und die kleinen und großen gemeinwohlorientierten Vermieter zu stärken. Der Markt wird's nicht richten, wenn es um das menschliche Grundbedürfnis des Wohnens geht. Den großen börsennotierten Unternehmen wie Vonovia/ Deutsche Wohnen oder dubiosen Firmen wie United Capital, die in Leipzig in letzter Zeit durch Entmietungen auffiel, interessieren sich nicht für die Menschen, sondern für die Profite, die das Vermietungsgeschäft generieren.

In Leipzig leben 87 % der Menschen zur Miete. An den Bedürfnissen der Mieterinnen und Mieter muss die Wohnungspolitik in Stadt, Land und Bund ausgerichtet werden. Dabei gibt es noch viel Luft nach oben. DIE LINKE ist dran, eine der brennendsten sozialen Fragen unserer Zeit zu lösen! ■

Klimanotstand – was nun, Herr Rosenthal?

Der Bürgermeister für Umwelt, Ordnung, Klima und Sport steht Rede und Antwort.

Interview

Heiko Rosenthal ist seit 2006 Bürgermeister für Umwelt, Ordnung und Sport der Stadt Leipzig. 2020 ist das wichtige Wort „Klima“ zu seiner Amtsbezeichnung hinzugekommen. Der LINKE Stadtrat **Michael Neuhaus** hat mit ihm darüber gesprochen:

Am 30. Oktober 2019 hat Leipzig als erste Stadt in Sachsen den Klimanotstand ausgerufen. Der Antrag dafür wurde vom Jugendparlament gestellt und von den Leipziger Umweltgruppen erarbeitet. Die Verwaltung unterstützte das Anliegen und warb für die Ausrufung des Klimanotstandes. Was bedeutet der Klimanotstand für sie und für die Stadt?

Die Ausrufung des Klimanotstandes, wie sie sich in vielen Städten Deutschlands und auch weltweit vollzog, ist in erster Linie als symbolischer Akt und politisches Bekenntnis zur Anerkennung des Klimawandels mit seinen globalen und lokalen Herausforderungen zu verstehen. Mit diesem Signal ist ein breiter gesellschaftlicher und demokratischer Diskurs in der Stadtbevölkerung angestoßen worden, der die notwendigen Maßnahmen für den Klimaschutz noch stärker herausgestellt hat. Mir ist die Tragweite bewusst, weshalb wir auch nicht zu Schnellschüssen neigen und unsere bisherigen Strategien in Frage stellen. Dennoch, wichtige Entscheidungen in der Stadtverwaltung können nur unter konsequenter Beachtung des Klimaschutzes getroffen werden. Hierbei muss herausgearbeitet werden, welcher Argumente und Anreize es bedarf, damit künftige Verbote und Einschränkungen, z. B. im Mobilitätsbereich, vermieden werden können.

Mit dem Klimanotstand und dem Sofortmaßnahmenprogramm Klimaschutz hat die Stadt schon einiges auf die Beine gestellt. Als nächstes steht das Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 auf der Agenda. Leipzig will damit Vorreiter in Sachen Klimaschutz werden. Doch wohin reiten wir? Können sie kurz zusammenfassen, was bisher alles passiert ist, um das Klima zu schützen, was noch geplant ist und welche Rolle soziale Aspekte dabei spielen werden?

Die wachsenden Herausforderungen erfordern eine umfassende Kommunikation und Information in der Bevölkerung zum aktuellen Sachstand und die Intensivierung des demokratischen Diskurses über die notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens, da mit der Ausrufung des Klimanotstandes

das Ziel verknüpft ist, bis spätestens 2050 klimaneutral zu werden. Dies bedeutet, dass die aktuellen CO₂-pro-Kopf-Emissionen von 5,5 Tonnen pro Jahr auf 0,25 Tonnen pro Jahr gesenkt werden müssen. Der Fahrplan, an dem wir uns dabei orientieren, ist das städtische Energie- und Klimaschutzprogramm, welches sich aktuell in einem umfänglichen Fortschreibungsprozess befindet. Die aktuellen Klimaschutzaktivitäten der Stadt Leipzig konzentrieren sich auf die Umsetzung des Sofortprogramms zum Klimanotstand und seinen 24 Maßnahmen.

Diese reichen von der Entwicklung klimagerechter-wassersensibler und energieeffizienter Quartiere, die Entwicklung eines Baustandards für kommunale Gebäude, der über den gesetzlichen Anforderungen liegt, einer Freiflächen-Photovoltaikanlage mit einer Leistung von bis zu 20 MW auf einer Deponiefläche bis zum Ausbau von Ladesäulen für Elektroautos im Stadtgebiet.

In der Vergangenheit wurden u. a. die Einführung des Car-Sharings in der Stadtverwaltung, die Errichtung mehrerer Passivhäuser - von Schulen bis zur Feuerwache - oder 100 % Ökostrombezug in der Verwaltung umgesetzt.

Die Stadt hat sich zum 1,5°C-Ziel bekannt. Dafür wurde ausgerechnet, wie groß das CO₂-Budget ist, das noch in die Luft geblasen werden kann. Wenn es in Leipzig allerdings weitergeht wie bisher, ist dieses Budget bereits 2026 aufgebraucht. Wie optimistisch sind sie, dass wir dieses Ziel als Stadt einhalten und können wir das als Stadt alleine überhaupt?

Das Ziel der Klimaneutralität ist für eine wachsende Metropole sehr ambitioniert. Die Stadt Leipzig unternimmt zahlreiche Anstrengungen - Sofortmaßnahmenprogramm 2020, klimaneutrale Stadtverwaltung 2035, klimaneut-

rale Strom- & Wärmeversorgung 2040 etc. - wird aber hochinvestive Maßnahmen in den Bereichen ÖPNV, kommunale Wärmewende und Anreize zur energetischen Bestandssanierung nicht in Eigenleistung ohne finanzielle Unterstützung von Landes-, Bundes- und EU-Ebene realisieren können. Wir brauchen daher den Handlungsdruck auf allen politischen Ebenen, damit die gesellschaftlichen Folgen und Handlungszwänge für die Erreichung der Klimaziele nicht stetig in die Zukunft und damit zu Lasten kommender Generationen verschoben werden.

Wir leben in einer Zeit der Krisen. Die Neue Rechte ist fast überall in Europa erstarkt, Corona hat in Deutschland mehr als 120.000 Menschenleben gekostet und der Klimawandel schreitet ungebremsst voran. Dabei stehen Klimawandel und Corona in einem Zusammenhang. Zahlreiche Wissenschaftler warnten schon lange davor, dass die gravierende Umweltzerstörung die Gefahr von Pandemien erhöhen wird. Doch gerade Corona droht, die finanziellen Ressourcen für Klimaschutz weiter zu verknappen. Auch in Leipzig?

Die anhaltende Pandemie verlangt von Staat und Kommunen und somit auch von der Stadt Leipzig enorme finanzielle, organisatorische und personelle Aufwendungen. Weltweite Flüchtlingsbewegungen machen eine Ausgabenpriorisierung unausweichlich.

Auch die stetig fortschreitende Erderwärmung wird sehr bald grundlegend wirksame und manchmal eben auch unpopuläre Maßnahmen erfordern. Je länger wir mit wirksamen Klimaschutzmaßnahmen warten, desto drastischer werden diese letztlich ausfallen müssen, um die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen auf das Gesundheitssystem, die Land-, Forst- und Immobilienwirtschaft sowie die Energie- und Verkehrsinfrastrukturen zu

bewältigen.

Regionalökonomische Untersuchungen belegen, dass Städte und Regionen immer dann gestärkt aus Krisenzeiten hervorgehen, wenn es ihnen gelingt, exogene Schocks in positive Impulse zu überführen und damit nachhaltige Strukturveränderungen in der regionalen Wirtschaft anzustoßen, welche auch die Robustheit gegenüber kommenden Störungen festigen (Prinzip ökonomischer Resilienz).

Einigen geht der Klimaschutz in Leipzig nicht schnell genug. Andere fürchten, dass der Klimaschutz dazu führt, dass sich das Arbeiten aufgrund der hohen Spritpreise bald nicht mehr lohnt. Wie plant die Stadt Leipzig die Ideen, aber auch Ängste der Bürger bei der Erarbeitung von Klimaschutzplänen mitzunehmen? Welche Beteiligungsmöglichkeiten gibt es für die Bürger?

Wie bereits ausgeführt, ist die gesellschaftliche Verständigung auf das richtige Maß und Tempo im Klimaschutz in einem demokratischen Diskurs zwischen Stadtgesellschaft, -politik und engagierten Akteuren der Zivilgesellschaft zu führen. Hierfür haben wir die mittlerweile vierte Klimaschutzkonferenz und zahlreichen, themenspezifische Workshops durchgeführt und arbeiten innerhalb des Energie- und Klimaschutzprozesses intensiv mit engagierten Umwelt- und Klimagruppen zusammen.

Ein Anstieg der Sprit- und Energiepreise, wie aktuell zu beobachten, wirkt sich auf energiesparendes Verhalten und Konsumentscheidungen aus, welches wir über eine höhere CO₂-Bepreisung immer gefordert haben. Natürlich sind aber auch soziale Verwerfungen und Einschnitte durch hohe Energiepreise im Rahmen von Transfersystemen abzufedern und entsprechend auszugleichen. ■



Als Klimabürgermeister auch mit anpacken: Heiko Rosenthal. (Foto: Christian Hüller)

Heraus zum 1. Mai!

Bessere Arbeitsbedingungen und eine gerechtere Gesellschaft – dafür setzen sich die Menschen seit über 100 Jahren weltweit am 1. Mai ein. Arbeiten bis zum Umfallen, Überstunden ohne Ausgleich, von Job zu Job hetzen und trotzdem die Miete nicht zahlen können. Über die Zeit für die Familie, für Freunde oder einfach Entspannung brauchen die Einen gar nicht nachdenken, während den anderen oftmals das Geld für das Notwendigste geschweige denn eine schöne Zeitgestaltung fehlt.

Deswegen Heraus zum 1. Mai – für einen sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft! In Leipzig gibt es dieses Jahr wieder viele Aktionen:

- **1. Mai – Fahrraddemo**
10:30 Uhr, Anton-Bruckner-Allee (Clara-Park)
- **1. Mai – Kundgebung**
13:00 Uhr, Markt
- **1. Mai – Hoffest**
15:00 Uhr, Liebknecht-Haus, Braustraße 15
- Mehr Informationen:
www.dielinke-leipzig.de

PFLEGEHEIM ZUR BEJUBELTEN SYSTEMRELEVANZ



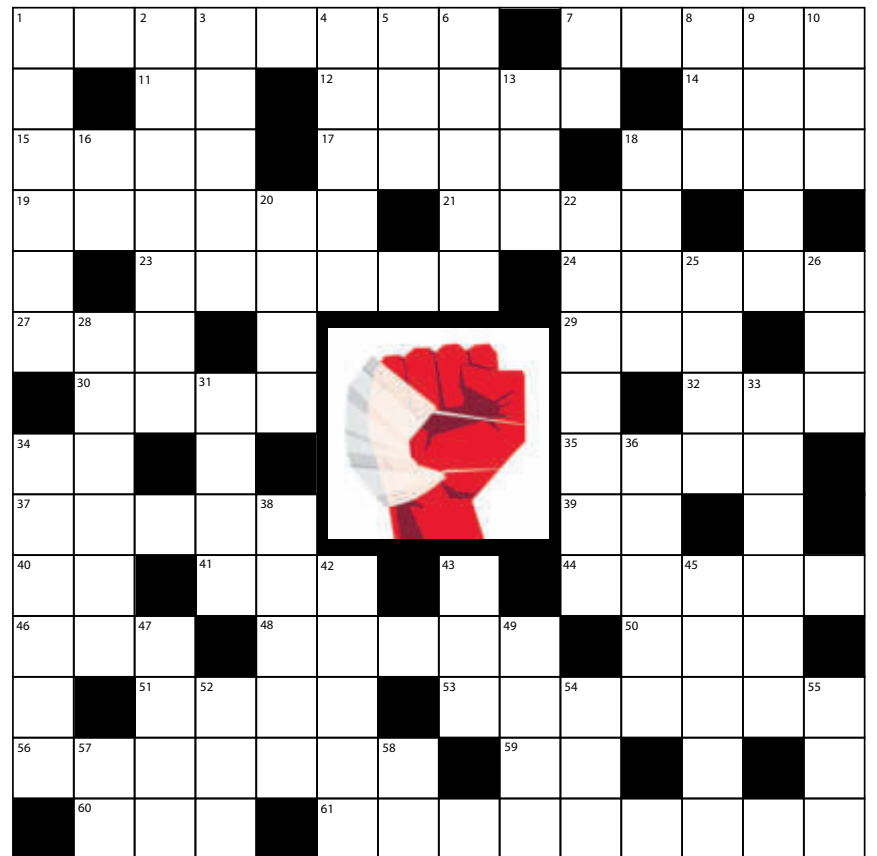
KREUZWORTRÄTSEL

Waagrecht:

1) russischer Nationaldichter (1799-1837); 7) Fluss im Nordwesten Russlands, mündet ins Weiße Meer; 11) Dramengestalt bei B. Brecht; 12) Auslese der Besten; 14) Empfehlung, verbale Unterstützung; 15) bedeutender Meister der altdeutschen Malerei (ca. 1400-1444/46); 17) eine Oper von G. Verdi; 18) Nachen, kleines Schiff; 19) altes französisches Volumenmaß für Getreide; 21) ein britischer Adelstitel; 23) chilenischer Dichter und Schriftsteller (1904-1973); 24) Ferienort im Schweizer Kanton Graubünden; 27) ein Dorf in der englischen Grafschaft Kent; 29) Spielkartenfarbe im französischen Blatt; 30) Sologesang in der Oper; 32) Gemeinde in Österreich, Passions- und Fest-Spielort; 34) Abkürzung für Fußballclub; 35) deutsche Fotografin, Pionierin der modernen Kriegsfotografie (1910-1937); 37) demokratisch-sozialistische Partei in Deutschland (Die...); 39) KFZ-Zeichen für Apolda; 40) russisches Pronom: er; 41) englisches Bier; 44) schwedischer Naturforscher (1707-1778); 46) Fluss in Spanien (Katalonien); 48) der 44. Präsident der USA (2009-2017); 50) Abkürzung für Transaktionsnummer; 51) Tierbetreuung; 53) tropische Laubbäume oder Sträucher; 56) deutscher Schriftsteller, Präsident des Nationalkomitees Freies Deutschland (1890 - 1953); 59) chemisches Symbol für Natrium; 60) König des angelsächsischen Königreichs Wessex (688-726); 61) Arbeiterführer.....Thälmann

Senkrecht:

1) russischer Mediziner und Physiologe, Nobelpreis 1904 (1849-1936); 2) österreichische Schriftstellerin, Pazifistin, erhielt als erste Frau den Nobelpreis (1843-1914); 3) türkische Stadt und Landkreis, Provinz Sirkak; 4) aus Hawaii stammender männlicher Vorname; 5) Fluss in China und Kasachstan; 6) Stadt in Hessen, Wetteraukreis; 7) japanischer Schriftsteller, Nobel-Preis 1994; 8) Nebenfluss des Arno in Italien; 9) deutscher Mathematiker, Astronom und Physiker (1777-1855); 10) griechische Göttin des Unheils und der Verblendung; 13) morgendliche feuchte Ablagerung; 16) römische Schreibweise für die Zahl 2; 18) italienischer Theologe und Heiliger (1515-1595); 20) Fluss und Departement in Nord-Westen Frankreichs; 22) Hauptwerk von Karl Marx; 25) Nebenfluss der Aller in Niedersachsen; 26) Zeltlager oder Dorfsiedlung in Zentralasien und im Kaukasus; 28) algerischer, männlicher Vorname; 30) Angehöriger der Herrscherkaste im alten Peru; 33) Stadt in Frankreich, Departement Loire; 34) deutscher Opernkomponist (1812-1883); 36) deutscher Schriftsteller, Nackt unter Wölfen (1900-1979); 38) Lobrede, Schmeichelei; 42) deutscher Sozialdemokrat und Reichspräsident (1871-1925); 43) Großmutter; 45) Stadt in Oberfranken im Frankenwald; 47) Nebenfluss der Havel in Brandenburg; 48) eine Hauterkrankung; 52) Fluss in Peru; 54) Schlangenartiger Fisch; 55) französische Verneinung; 57) Tierprodukt; 58) Abkürzung für eine akademische Bildungsstätte



15	8	44	58	34	47	31	12	21	38	55
----	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----

KREUZWORTRÄTSEL

Die richtige Lösung des Kreuzworträtsels schicken Sie bitte bis zum 1. Juni 2022 per Mail oder Post an DIE LINKE. Leipzig (siehe unten). Es winken zahlreiche Buchpreise. **Wir wünschen viel Glück!**

IMPRESSUM

Herausgeberin:
DIE LINKE. Leipzig
Liebknecht-Haus
Braustraße 15
04107 Leipzig

Tel: 0341/140 644 11
Fax: 0341/140 644 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
E-Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
facebook: facebook.com/dielinke.leipzig/
twitter: twitter.com/dielinkeleipzig

Redaktion:
Gestaltung:
Fotos:
Spenden:
IBAN:

Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Adam Bednarsky
William Rambow
Kay Kamieth, William Rambow, Marko Forberger, Birthe Jähne-Kleemann
Sparkasse Leipzig
DE11 8605 5592 1175 5039 20

